

Inhaltsverzeichnis

<i>Daniel Keil und Jens Wissel</i> Staatsprojekt Europa: Einleitung	9
--	---

I. Grundlegende Bestimmungen

<i>Hauke Brunkhorst</i> Die verdrängte koloniale Vergangenheit	19
---	----

<i>Jens Wissel</i> Staatsprojekt Europa in Zeiten von Krise und gesellschaftlicher Desintegration	41
---	----

<i>Stefanie Wöhl</i> Die geschlechtsspezifischen Selektivitäten des Europäischen ,Staatsprojektes‘	61
--	----

II. Europäische Union und die Krise der Demokratie

<i>John Kannankulam</i> Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Zur Aktualität des Autoritären Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“	83
--	----

<i>Elisabeth Klatzer und Christa Schlager</i> HERRschaft herstellen: die geschlechterpolitischen Kosten des Umbaus der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU als Kern eines maskulin- autoritären Herrschaftsprojektes	97
--	----

<i>Hans-Jürgen Bieling</i> Europäische Integration und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung	117
--	-----

<i>Moritz Elliesen, Nicholas Henkel, Sophie Kempe</i> Ziemlich beste Feinde: Fidesz und die EU. Zur Entwicklung eines ambivalenten Verhältnisses	137
--	-----

<i>Felix Syrovatka und Etienne Schneider</i> Ein stotternder Motor. Der blockierte deutsch-französische Bilateralismus in der Debatte um die Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion	159
--	-----

III. Grenzziehungen

<i>Daniel Keil</i> Identitätsfragen. Nationale und europäische Identität in der Krise	185
<i>Fabian Georgi</i> Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011	205
<i>Lukas Oberndorfer</i> Grenze, innere Sicherheit, Rüstung – Von der Krise zum Europäischen Ensemble repressiver Staatsapparate?	229
Autor*innenangaben	253

Staatsprojekt Europa: Einleitung

Als im Mai 2019 die Wahlen zum europäischen Parlament anstanden, wurden sie zu einer Schicksalswahl stilisiert, mit der über das Projekt Europa entschieden werde. Vor allem das europaweite Erstarken der Rechten, gemeinhin und oft reduktiv europaskeptisch bis -feindlich eingeordnet, und die Ankündigung insbesondere der italienischen Lega und der AfD, eine neue große vereinte rechte Fraktion zu gründen, riefen Sorgen hervor. Diese Sorgen, insbesondere der Parteien aus dem Zentrum, waren zwar größtenteils dem Verlust der Mehrheit der informellen großen Koalition aus EVP und S&D im Europaparlament geschuldet, nichtsdestotrotz markiert die Wahl 2019 einen großen Einschnitt und eine starke Veränderung. Die rechten Parteien sind nicht nur im Europaparlament stärker geworden, sondern mittlerweile in mehreren Mitgliedsländern der EU an der Regierung beteiligt oder stellen diese gar. An diesen Veränderungen der Parteienlandschaft und der Kräfteverhältnisse in den Parlamenten zeigen sich tiefergehende Krisenprozesse, die häufiger als Legitimitätskrise der EU aufgefasst werden und die sich auch als Verblässen des lange Zeit funktionierenden Zukunfts- und Fortschrittsnarrativs bemerkbar machen. Die EU-Kommission versuchte zur Europawahl, nicht zuletzt in den sozialen Medien, dieses alte Zukunfts- und Fortschrittsnarrativ zur Geltung zu bringen. In einem Tweet, der exemplarisch für die Öffentlichkeitsarbeit in der Zeit unmittelbar vor der Wahl steht, wird die EU unter anderem mit Frieden, Klimaschutz, Gleichheit, Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie gleichgesetzt.¹

Verfolgte man diese Aktivitäten wirkten sie wie ein verzweifelter Versuch, mit dem alten Narrativ die Legitimität des herrschenden Machtgefüges der EU zu retten und die mehr und mehr schwindende Potentialität zur inneren Kohärenz des europäischen Projekts zu beschwören. Der institutionelle Ausschluss anderer Krisenbearbeitungen als derjenigen durch Schuldenbremse und Austeritätspolitik sowie neoliberaler Wettbewerbspolitik durch eine „Überkonstitutionalisierung“² der EU, in der zentrale wirtschaftspolitische Fragen und Maßnahmen der politischen Entscheidung entzogen sind, zeigen, dass das alte Narrativ nicht kongruent zur tatsächlichen Verfassung der EU ist. Begreift man die EU als ein Staatsprojekt im Werden, das noch kein Staat ist und vielleicht auch nie einer wird,³ dann zeigt die konstitutionelle Fest-

1 https://twitter.com/EU_Commission/status/1131938970512830465; letzter Zugriff: 10.06.2019.

2 *Grimm* 2015.

3 Vgl. *Wissel* 2015.

schreibung einer bestimmten Politik, dass es immer weniger gelingt über die Organisation von gesellschaftlichem Konsens die disparaten und fragmentierten Apparate in einen kohärenten Zusammenhang zu bringen und ihnen Legitimität zu verschaffen. Hier zeigt sich nicht nur eine autoritäre Tendenz in der Entwicklung der europäischen Institutionen, die spätestens seit der Griechenland-Krise und den folgenden finanzpolitischen Paketen offensichtlich wurde, sondern auch die Widersprüchlichkeit der Integration. Ging mit der negativen Integration durch Wettbewerb und Marktvereinigung durchaus auch mal das Möglichkeitsfenster für Elemente einer positiven Integration sozialer und politischer Institutionen auf, so ist nunmehr das Übergewicht der negativen Integration nahezu erdrückend geworden. Nicht zuletzt lässt sich dies auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Mitgliedsstaaten und hierbei auf die dominante Position Deutschlands zurückführen. Diese Dominanz ist nicht unhinterfragt, sondern führt in anderen Politikfeldern auch zu Verwerfungen und Rissen, was sich u.a. in den Auseinandersetzungen um die Posten der EU-Kommission nach der Europawahl im Mai 2019 zeigte.

Gemeinhin wird die Europäische Union nicht aus einer staatsrechtlichen Perspektive betrachtet, wenn dann eher aus einer staatsrechtlichen. Zwar konnte vor dem gescheiterten Verfassungsvertrag, durchaus beobachtet werden, dass vermehrt wieder nach der staatsähnlichen Verfasstheit der EU gefragt wurde. Spätestens seit dem gescheiterten Verfassungsvertrag werden allerdings im Kontext der EU Begriffe, die auf einen entstehenden Staat verweisen könnten strikt vermieden. Und auch im Vertrag von Lissabon sind alle Verweise, die auf eine Verfassung hindeuten könnten gestrichen worden.

In den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen wird die EU oft als eine neue Form thematisiert, die weder Staat noch internationale Organisation, noch internationaler Vertrag ist. Insbesondere der Governance-Ansatz thematisiert die Europäische Union als eine überlegene und dezentralisierte Form der Verwaltung. Fragen nach Herrschaft und Machtverhältnissen bleichen ausgeblendet und werden ersetzt durch die Frage nach ‚best practices‘.

Die aktuellen Krisen- und Desintegrationsprozesse können so nicht angemessen begriffen werden, sie erscheinen vielmehr als entweder externe Funktionsstörungen, wie im Fall der Finanzkrise, oder als irrationale Entwicklungen, die auf eine fehlende Vermittlung der Vorteile des Integrationsprozesses zurückzuführen sind, oder auf eine mangelnde demokratische Verankerung der Europäischen Union. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge bleiben weitgehend ausgeblendet, sodass auch übersehen wird, dass die letzten vierzig Jahre neoliberaler Dominanz einen Prozess eingeleitet haben, der nicht nur die Europäische Integration betrifft, sondern auch ihre Mitgliedsstaaten. Die Tatsache, dass in den Politikwissenschaften seit vielen Jahren eine Entwicklung beobachtet wird, in der Politik zu einem Problem von Verwaltung und Expert*innen umgedeutet und damit der demokratischen Entscheidung entzogen

wird, bleibt unbeachtet, oder wird affirmiert. Die technokratische Perspektive krankt, so Renate Mayntz, an einem „Problemlösungsbias“, der dazu führt, dass „Macht nur im Kontext der Formulierung und Durchsetzung von Problemlösungen behandelt wird und nicht als politisches Handlungsziel.“⁴

Ein gesellschaftskritischer staatstheoretischer Ansatz, wie er in dem vorliegenden Band vorgestellt wird, nimmt die Europäische Union aus einer anderen Perspektive in den Blick. Er stellt zunächst den gesellschaftlichen Zusammenhang her und fragt nach der Veränderung von Herrschaft. Hierzu gehört auch die Frage nach dem emanzipatorischen oder auch demokratischen Potenzial gesellschaftlicher Entwicklungen. Staat, Politik und Herrschaft im Allgemeinen werden nicht als geschlossene Systeme betrachtet, vielmehr werden die Zusammenhänge von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen hergestellt und damit Machtverhältnisse offengelegt. Eine kritische Gesellschaftsanalyse geht daher auch nicht davon aus, dass die gegenwärtige Situation so zu fassen sei, dass eine vormals gut funktionierende Demokratie nun durch ökonomische Prozesse quasi von außen in die Krise gestürzt wurde, und es nunmehr um die Wiederherstellung der verlorenen Bedingungen gehe.⁵ Vielmehr muss es darum gehen, die historische Konstellation, die staatliche Herrschaft ermöglicht und deren Ausformung zugrunde liegt, begrifflich zu fassen. Gesellschaften, „in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht“,⁶ sind immer von pluralen bis antagonistischen Interessen durchzogen, deren Widersprüche in der politischen Form⁷ prozessierbar gemacht, aber nicht aufgelöst, werden können. Insofern hängt auch das Funktionieren wie die Stabilität dieser Prozesse von vielen Faktoren ab, die durch monokausale Erklärungen oder eine einfache Verfallserzählung nicht gefasst werden können.

Wie alle gesellschaftlichen Prozesse sind auch die aktuellen Krisenprozesse multikausal. Sie sind zu suchen in historischen, gesellschaftlichen und institutionellen Prozessen und Konstellationen, die die Bevölkerungen von den politischen Entscheidungszentren distanzieren (Teil 1 des Bandes), in Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und einem Abbau sozialpolitischer Errungenschaften und einer daraus folgenden Zunahme von Ungleichheitsverhältnissen (Teil 2), sowie in Prozessen, in denen versucht wird in der politischen Krise neue/alte Identitäten zu schaffen und eine Renationalisierung der Gesellschaften voranzutreiben. Die gegenwärtigen Krisenprozesse zeigen auch deutlich, wie tief verankert die He-

4 Mayntz 2009, 34.

5 Stephan Lessenich kritisiert zurecht die derzeitig in den demokratietheoretischen Debatten zu beobachtende Tendenz, die Krise als Verfallsgeschichte zu deuten. Die Literatur neige dabei zu einer „retrospektiven Überhöhung, wenn nicht gar Idealisierung der politisch-sozialen Verhältnisse im »goldenen age« des Fordismus“. (Lessenich 2019, 122).

6 Marx 1867, 49.

7 Vgl. Hirsch 1994.

gemonie von Grenzen und nationalem Bewusstsein trotz aller Transnationalisierungsprozesse noch ist (Teil 3).

Diese drei Felder gesellschaftlicher Entwicklung und Auseinandersetzungen werden in dem vorliegenden Band untersucht und mit der Entwicklung der Europäischen Union in Beziehung gesetzt. Zum Vorschein kommt eine Konstellation, die als eine Vielfachkrise zu bezeichnen ist. Die ökonomische Krise ist nicht gelöst worden, vielmehr hat sich eine politische Krise entwickelt, in der die Legitimationsquellen der bisherigen gesellschaftlichen Konstitution langsam versiegen. Damit sind auch die neoliberalen Leitbilder, die alle gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten vierzig Jahren dominiert haben, in der Krise. Wachsende Ungleichheiten in Europa verstärken diese Krisenprozesse noch. Flankiert wird dies von verstärkten Auseinandersetzungen um Geschlechterverhältnisse – nicht zufällig sind „gender mainstreaming“ und „Genderismus“ zentrale Angriffsziele rechtspopulistischer und neurechter Kräfte. Die Vielschichtigkeit von Krisenprozessen hat sich nicht zuletzt auch in der europäischen Migrationspolitik gezeigt. Dort wurde offenbar wie verschiedene historische Entwicklungspfade in einer Krise kulminieren und gleichzeitig wie Subalterne in solchen Prozessen auch um ihre Handlungsfähigkeit und Alternativen von unten kämpfen. Die Krisenprozesse werden allerdings derzeit von gesellschaftlichen Kämpfen und ihrer zumeist dominant-repressiven Bearbeitung verstärkt. Die Europäische Union befindet sich daher tatsächlich an einem Scheideweg.⁸ Es ist derzeit fraglich, ob es zu einer Fortführung des Integrationsprozesses kommen wird und das aktuelle neoliberale Staatsprojekt Europa stabilisiert werden kann. Möglich wäre auch die Herausbildung eines neuen Staatsprojektes, das mit einer anderen Ausrichtung eine Kohärenz der multiskalaren europäischen Staatlichkeit herstellen kann, oder ein Zerfall der Europäischen Union. Auch die aktuelle Krise macht deutlich, dass gesellschaftliche Krisenprozesse politische und staatliche Institutionalisierungsprozesse nicht unberührt lassen.

Trotz erstarkter rechtspopulistischer und neurechter Kräfte in vielen Mitgliedsstaaten und im Europaparlament, und trotz der inneren Machtverhältnisse, ist der Ausgang der Vielfachkrise noch immer offen und bleibt abhängig vom weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Kämpfe. Die Bedingungen dieser Kämpfe, die (wie auch immer) staatliche Konstitution der Europäischen Union, werden von den Beiträgen in diesem Band dargestellt.

8 Siehe z.B. *Offe* 2016, 13; *Wolff* 2015; *Brunkhorst/Gaitanides/Grözingen* 2015; *Kregel* 2015.

Zum Aufbau des Buches

Der vorliegende Band ist, wie schon angedeutet, in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil geht es um grundlegende Kontextualisierungen und theoretische Bestimmung der Europäischen Union.

Im ersten Beitrag des Bandes erinnert *Hauke Brunkhorst* an die verdrängte koloniale Vergangenheit Europas. Diese betrifft keineswegs nur die Zeit vor dem europäischen Integrationsprozess, bis heute gehören Restbestände der alten Kolonialreiche zur Europäischen Union. Zudem zeigt Brunkhorst wie die verdrängte Kolonialgeschichte Europas heute in „den Körpern, die sich zu hunderten von Grenze zu Grenze schleppen und sich Tag um Tag zu hunderten in winzige, seeuntüchtige Boote drängen, nach Europa“ zurückkehrt. Die europäische Kolonialgeschichte prägt nicht nur die heutige Gewalt in Afrika, sie prägt auch den europäischen Blick auf das nichteuropäische Außen. Der Verstoß gegen bindende Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen, gegen nationales Recht und gegen Europarecht an den Grenzen Europas ist in diesem Kontext zu sehen und verweist auf den postkolonialen Zusammenhang europäischer Institutionalisierung.

Jens Wissel führt den Begriff des Staatsprojekts Europa ein und verortet ihn in einer staatstheoretischen Debatte, die sich an Gramsci⁹, Poulantzas¹⁰ und Hirsch¹¹ orientiert. Der Begriff ermöglicht es die europäische Integration als einen dynamischen Prozess zu fassen, in dem Institutionen, wie etwa die EZB, entstehen, die bisher nur in nationalstaatlichen Kontexten entstanden sind ohne von einem ausgeprägten Staat ausgehen zu müssen. Er richtet zudem den Blick auf die gesellschaftlichen Kräfte, die hinter diesen Prozessen stehen.

Stefanie Wöhl untersucht in ihrem Beitrag die maskulinistische Struktur der Europäischen Union und fragt nach der geschlechterspezifischen Selektivität des europäischen Staatsapparate-Ensembles. Sie identifiziert unterschiedliche Phasen der geschlechterpolitischen Regulierungen und zeigt die Ambivalenzen in der europäischen Geschlechterpolitik auf. Konstatiert wird eine Entwicklung, in der die Gleichstellungspolitik seit der Finanzkrise 2008 wieder ins Hintertreffen gerät.

Im Zweiten Teil des Bandes geht es insbesondere um die Veränderungen, die mit der Finanz- und später Eurokrise eingesetzt haben. *John Kannankulam* erörtert in seinem Beitrag die Krisenprozesse des Staatsprojekts Europa und fragt nach den veränderten Kräfteverhältnissen und nach den Folgen der Transformation. Er sieht einen Prozess der Entdemokratisierung, der mit dem von Nicos Poulantzas geprägten Begriff des Autoritären Etatismus gefasst werden kann.

9 Band 11 in der Reihe Staatsverständnisse.

10 Band 30 in der Reihe Staatsverständnisse.

11 Band 113 in der Reihe Staatsverständnisse.

Elisabeth Klatzer und *Christa Schlager* zeigen in ihrem Beitrag, wie die Finanzkrise und die europäische Krisenreaktion auf die Geschlechterverhältnisse wirken und wie ungleich die Kosten der Krise verteilt sind. Sie sehen einen in der Krise verstärkten maskulinistisch-autoritären Umbau der Europäischen Union.

Hans-Jürgen Bieling beschäftigt mit der sozialpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung im Kontext des europäischen Integrationsprozesses. Dabei stellt er eine zunehmend disparate und ungleichzeitige Entwicklung fest. Wohlfahrtsstaatliche Politik gerate von zwei Seiten unter Druck, zum einen durch eine Zunahme des grenzüberschreitenden Wettbewerbs und zum anderen durch populistisch-nationalistische Diskurse.

Der Beitrag von *Moritz Elliesen*, *Nicholas Henkel* und *Sophie Kempe* beleuchtet das komplexe Verhältnis von Ungarn zur EU und die besondere Problematik der autoritären Entwicklung in Ungarn. Das Verhältnis der Fidesz-Regierung unter Orban zur EU erweist sich, trotz aller antieuropäischen Rhetorik, als höchst ambivalent. Dies wird anhand der Bedeutung der EU in der Entwicklung der ungarischen Ökonomie deutlich gemacht.

Abgeschlossen wird der zweite Teil von einem Beitrag von *Felix Syrovatka* und *Etienne Schneider*, der das Verhältnis von Deutschland und Frankreich und dessen Bedeutung für die (Krise der) Integration untersucht. Deutlich wird hierbei die Diskrepanz zwischen den französischen und deutschen Vorstellungen über die weitere Entwicklung der EU wie auch die Dominanz Deutschlands gegenüber Frankreich. Nicht zuletzt führen Schwierigkeiten in diesem Verhältnis zur Blockade einer vertieften Integration und damit zu einer weiteren Verschleppung der Krise.

Der dritte Teil bearbeitet identitätspolitische und materielle Abgrenzungen der EU. *Daniel Keil* entwickelt auf einer basalen theoretischen Ebene ein staatstheoretisches Gerüst, mit dem Entwicklungen der europäischen Identität gefasst werden können. Damit wird eine Perspektive geschaffen, die es ermöglicht, Fragen nationaler und europäischer Identität, die sonst in staatstheoretischen Ansätzen eher ausgeblendet werden, zu erfassen und ihre Bedeutung für staatliche Entwicklungen hervorzuheben.

Fabian Georgi leistet mit seinem Beitrag eine Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Frage um die Transformationen des europäischen Grenzregimes in der Krise. Er arbeitet die Akteure, ihre Positionen sowie deren Bedeutung heraus.

Den Abschluss bildet der Text von *Lukas Oberndorfer*, der im Anschluss an die Diagnose einer Hegemoniekrise die Bedeutung eines europäischen Sicherheitsregimes in den Versuchen ihrer Überwindung herausarbeitet. Er stellt daher die Frage, ob die fehlende Kohärenz und Einbindung subalternen Interessen durch die Emergenz eines vereinheitlichenden repressiven Ensembles ersetzt werden könnte.

Dieser Band wäre nicht möglich gewesen ohne die Arbeit der Autor*innen, denen wir für ihre Beiträge herzlich danken. Bedanken möchten wir uns auch beim Nomos-Verlag und Beate Bernstein sowie bei Rüdiger Voigt, der den Band angeregt hat. Für die Graphik auf dem Einband bedanken wir uns bei Felix Nickel.

Literatur

- Brunkhorst, Hauke/Gaitanides, Charlotte/Grözinger, Gerd* (Hrsg.) 2015: Europe at a Crossroad. From Currency Union to Political and Economic Governance? Baden-Baden.
- Grimm, Dieter* 2015: Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union. In: *Leviathan*, 43. Jg., 3/2015, 325 – 338.
- Hirsch, Joachim* 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/ders. (Hrsg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulations-
theorie*, Hamburg. 157-211.
- Kregel, Jan* 2015: Europe at the Crossroads: Financial Fragility and the Survival of the Single Currency, in: Policy Note 2015/1, Levy Economics Institute of Bard College, online: http://www.levyinstitute.org/pubs/pn_15_1.pdf, rev. 12.01.18.
- Lessenich, Stephan* 2019: Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenz-überschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus, in: *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*. Herausgegeben von Hanna Ketterer und Karina Becker. Suhrkamp. 121-138.
- Marx, Karl* 1867: *Das Kapital*. Bd.1. In: *Marx-Engels-Werke* Bd.23, Berlin.
- Mayntz, Renate* 2009: Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive, in: Dies. (Hrsg.): *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Frankfurt a.M. 29-40.
- Offe, Claus* 2016: *Europa in der Falle*, Berlin.
- Wissel, Jens* 2015: *Staatsprojekt Europa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union*. Münster.
- Wolff, Sarah* 2015: Migration and Refugee Governance in the Mediterranean: Europe and International Organisations at a Crossroads, IAI Working Papers 15, in: <https://qmro.qmul.ac.uk/xmlui/bitstream/handle/123456789/9485/Wolff%20Migration%20and%20Refugee%20Governance%202015%20Published.pdf?sequence=1> (zugegriffen am 12.01.18).